

Bezugspreis

In der Hauptgeschäftsleitung oder den im Stadtgebiet und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgekauft; vierteljährlich A. 4.50, für kleinste möglichste Ausstellung im Inland A. 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich; vierzehnteljährlich A. 6.— Vereine mögliche Abonnementbestellung ins Ausland; monatlich A. 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint am 5.7 Uhr. Die Abend-Ausgabe: Montag um 5 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannoversche Zeitung, 8.
Die Expedition ist Wochenlang ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis spätestens 7 Uhr.

Filialen:

Otto Niemitz's Zeitung, (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Paus' Zeitung, Rathausmarkt 14, port. und Königsgasse 7.

Nr. 556.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Freitag den 15. November 1895.

Anzeigen-Preis

die Geprägten Seiten 20 Pf.
Werben unter dem Nebentitel (Kurz-
auflage) 10 Pf., vor den Familienauflagen
(Hochzeit) 40 Pf.
Östliche Schriften laut untenstehend
vergleichbar. Teuerlicher und billiger
nach höherem Tarif.

Eigene Beilage (gekennzeichnet) hat mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung A. 60.—
mit Postbeförderung A. 70.—

Annahmestrauß für Anzeigen:

Abend-Ausgabe: Sonntags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Samstags 4 Uhr.
Für die **Montag-Morgen-Ausgabe**:
Sonntags 8 Uhr.
Bei den Filialen und Ausgabenstellen je eine
halbe Stunde früher.
Anzeigen sind best. an die Expedition
zu richten.

Druck und Verlag von E. Volz in Leipzig.

89. Jahrgang.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 15. November.

In einem „Die öffentlichen Strömungen und die Regierung“ überdrückenden Artikel begrüßt der „Schwäb. Mer.“ die bevorstehende Wiederaufrufung des Reichstags, weil er hofft, endlich auch einmal die Regierung Stellung zu den Fragen der Zeit und den Bewegungen der Gegenwart nehmen zu können. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung aufzulegen. Die Wehrhaftigkeit des politisch denkenden Deutschen — schreibt das Blatt — ist darüber einig, daß bei uns das parlamentarische Regierungsprinzip — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die geringsten Parteien, welche abweichen könnten die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdetwerdens ankomme. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässlich von Gangen, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklicht läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Kräfte verdeckt, die Regierung aber schweigt, während sie besser thätte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitig von Bremerhaven abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ kann in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht angesehen werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropsburg gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Kenntzeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine brauchbare Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unternehmung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch merkwürdig gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wille berichtigend werden, während mit großem Kram sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billig und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Heft

jahr hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt ihre Feste gegenüber der Wiederaufrufung dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schweigt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung aufzulegen.

Die schwäbische Tageszeitung hatte sich der Hoffnung hingegeben, nach der Reichstagsschluß in Nagold-Saalfeld ein weiteres Aufschwemmen der demokratisch-antipreußischen Strömung — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die geringsten Parteien, welche abweichen könnten die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdetwerdens ankomme. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässlich von Gangen, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklicht läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Kräfte verdeckt, die Regierung aber schweigt, während sie besser thätte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitig von Bremerhaven abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ kann in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht angesehen werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropsburg gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Kenntzeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine brauchbare Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unternehmung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch merkwürdig gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wille berichtigend werden, während mit großem Kram sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billig und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Heft

hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt ihre Feste gegenüber der Wiederaufrufung dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schweigt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung aufzulegen.

Die schwäbische Tageszeitung hatte sich der Hoffnung hingegeben, nach der Reichstagsschluß in Nagold-Saalfeld ein weiteres Aufschwemmen der demokratisch-antipreußischen Strömung — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die geringsten Parteien, welche abweichen könnten die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdetwerdens ankomme. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässlich von Gangen, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklicht läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Kräfte verdeckt, die Regierung aber schweigt, während sie besser thätte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitig von Bremerhaven abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ kann in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht angesehen werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropsburg gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Kenntzeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine brauchbare Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unternehmung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch merkwürdig gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wille berichtigend werden, während mit großem Kram sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billig und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Heft

hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt ihre Feste gegenüber der Wiederaufrufung dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schweigt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung aufzulegen.

Die schwäbische Tageszeitung hatte sich der Hoffnung hingegeben, nach der Reichstagsschluß in Nagold-Saalfeld ein weiteres Aufschwemmen der demokratisch-antipreußischen Strömung — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die geringsten Parteien, welche abweichen könnten die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdetwerdens ankomme. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässlich von Gangen, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklicht läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Kräfte verdeckt, die Regierung aber schweigt, während sie besser thätte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitig von Bremerhaven abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ kann in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht angesehen werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropsburg gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Kenntzeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine brauchbare Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unternehmung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch merkwürdig gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wille berichtigend werden, während mit großem Kram sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billig und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Heft

hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt ihre Feste gegenüber der Wiederaufrufung dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schweigt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung aufzulegen.

Die schwäbische Tageszeitung hatte sich der Hoffnung hingegeben, nach der Reichstagsschluß in Nagold-Saalfeld ein weiteres Aufschwemmen der demokratisch-antipreußischen Strömung — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die geringsten Parteien, welche abweichen könnten die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdetwerdens ankomme. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässlich von Gangen, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklicht läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Kräfte verdeckt, die Regierung aber schweigt, während sie besser thätte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitig von Bremerhaven abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ kann in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht angesehen werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropsburg gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Kenntzeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine brauchbare Erklärung geboten. Von der „Berl. Corr.“ aber kann man nur sagen: wenn je eine Unternehmung die Erwartungen, welche es erwartet, nicht erfüllt hat, so ist es dieses. Die meisten Wohlwollenden derselben sind nun dadurch merkwürdig gewesen, daß für einen unbekümmerten Inhalt ein gewaltiger Apparat in Betrieb gelegt wurde. Was hat es für einen Sinn, wenn meistens recht gleichgültige Behauptungen aufgestellt und mit feierlicher Wille berichtigend werden, während mit großem Kram sich breit machende Behauptungen, welche die Regierung nicht billig und nicht billigen kann, von ihrem Organ gänzlich unberücksichtigt bleiben? In der vorigen Woche hat der Vorstand des Bundes der Landwirthe von Neuem den Vertrag Parität auf die Tageabortion gesetzt. Im letzten Heft

hat sich die Regierung nach einer sehr eingehenden Prüfung derselben durch den preußischen Staatsrat von seiner Unbrauchbarkeit überzeugt. Wenn jetzt ihre Feste gegenüber der Wiederaufrufung dieser Aktion, über deren Bedeutung doch wahrlich kein Zweifel sein kann, beharrlich schweigt, so kann das nur zu leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Schwankens machen. Es ist deplatzt gut, daß die Regierung durch den Verzug der parlamentarischen Verhandlungen Gelegenheit erhält, auch ihrerseits mit der Sprache herauzugehen. Wenn auch diese Hoffnung nicht überall geteilt wird, so wird man doch allenthalben dem zustimmen, was das schwäbische Blatt über die Gründe sagt, aus dem Wunsch nach einer entschiedenen Stellungnahme der Regierung aufzulegen.

Die schwäbische Tageszeitung hatte sich der Hoffnung hingegeben, nach der Reichstagsschluß in Nagold-Saalfeld ein weiteres Aufschwemmen der demokratisch-antipreußischen Strömung — euerer, ob man dasselbe für wünschenswert halten möchte oder nicht — unmöglich durchzuführen wäre. Bes. allem Anderen abgesehen, bestehen wir nicht die geringsten Parteien, welche abweichen könnten die Regierung zu übernehmen in der Lage wären. Bei uns mag die Regierung über den Parteien stehen, und weil sie das mag, so mag sie auch die Führung der gesamten Reichspolitik in ihrer Hand haben. Ihre eigene Würde verbietet ihr, sich von einer oder mehreren Parteien führen zu lassen, noch auch zu gestatten, daß sich nur der Schein eines solchen Gefährdetwerdens ankomme. Deshalb ist es nachweislich, daß über die Stellung der Regierung zu den Wahlstellen bewegenden Strömungen unbedingte Klarheit herrsche. Wie aber steht es damit zur Zeit? Extrem Wählereien verschiedener Art sind unablässlich von Gangen, überall, wo sich nur ein Keim von Unzufriedenheit verwirklicht läßt, wird er aufgedeckt und als Anzeichen eines „Wahltales“ aufgewertet, der dann zur Grundlage für phantastische Rettungspläne mittels Staatshilfe dienen muß. In immer weiteren Kreisen werden auf diese Weise den Leuten die Kräfte verdeckt, die Regierung aber schweigt, während sie besser thätte, ihr ganzes Ansehen einzufügen, um die Befriedigung rechtzeitig von Bremerhaven abzuholen. Die Täthigkeit der „Nord d. Allg. Zeitung“ kann in dieser Beziehung als eine befriedigende durchaus nicht angesehen werden; auch erhält dieselbe nur zu oft Bestätigungen, für welche nicht verantwortlich gewesen zu werden die Regierung des übrigen Preises immer aufrechtig stand wissen wird. Warum aber benutzt die Regierung nicht den „Reichsanzeiger“ oder die „Berliner Correspondenz“, um ihre Stellung in den großen Komplexen der Zeit hell zu beleuchten? Als das sogenannte Organ vor Jodropsburg gegründet wurde, war man allgemein der Ansicht, es werde sich die aus den über Jahren noch in Erinnerung stehende habsburgische „Provinzial-Corresp.“ zum Muster nehmen. In dieser hande man in der That von Woche zu Woche eine mehr oder weniger eingehende Kenntzeichnung der Stellung der Regierung zu den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen, und es war damit ein greifbarer Anhalt für eine brauchbare

